



EU - Handel mit israelischen Siedlungen

1. Hintergrundinformationen zu den israelischen Siedlungen in den besetzten Gebieten

Israelische Siedlungen sind Gebiete, in denen Israelis und jüdische Zivilisten Häuser, Dörfer und neue Städte auf besetztem palästinensischem Land gebaut haben. Es gibt über 200 israelische Siedlungen und Außenstellen von Siedlungen in der West Bank und in Ostjerusalem mit einer Gesamtbevölkerung von einer halben Million Menschen.¹ 200.000 der Siedler wohnen in Ostjerusalem.² Das gesamte Gebiet, das von den Siedlungen kontrolliert wird, beträgt ungefähr 43 Prozent der West Bank (siehe Anhang B).³

Der Siedlungsbau begann im Jahr 1967 und trotz seiner Illegalität und seiner internationalen Verurteilung sind die Siedlungen in den letzten 50 Jahren gewachsen und gediehen, sodass sie die Fakten vor Ort deutlich verschoben haben. Die jährliche Zuwachsrates der Siedlungsbevölkerung ist mit 3,7% deutlich höher als der Bevölkerungszuwachs innerhalb Israels⁴ und je mehr die neuen Städte wachsen, umso mehr Land fällt unter Israels Kontrolle. Es gibt unterschiedliche Gründe für Israelis in die besetzten Gebiete zu ziehen. Einige ziehen aus wirtschaftlichen Gründen dorthin, während es sich bei anderen um ideologische Siedler handelt, die die Mehrheit bei den Außenposten der Siedlungen darstellen.

Die Außenstellen der Siedlungen unterscheiden sich von den eigentlichen Siedlungen darin, dass sie von der israelischen Regierung nicht offiziell anerkannt werden und daher vor dem israelischen Gesetz illegal sind. Doch eine 2005 erstellte Studie ergab, dass staatliche und öffentliche Institutionen diese Siedlungs-Außenstellen durch finanzielle Zuwendungen, Bereitstellung von Land, Infrastruktur und den Schutz durch die israelische Armee unterstützen. Auch wenn die Außenstellen der Siedlungen von Israel nicht offiziell genehmigt werden, so kann die Regierung sie rückwirkend anerkennen. 2011 genehmigte Israel 11 Außenstellen von Siedlungen.⁵



Mehr als 9000 Israelis wohnen in der Har Homa Siedlung im Westjordanland - cc Marisa Johnson

¹ QPSW Informationspapier (Juli 2011) „Trade with Israeli Settlements“ http://www.quaker.org.uk/files/Trade-with-Israeli-Settlements-Background-Briefing_July-2011-FINAL.pdf

² Al Haq Positionspapier (2010) „Unmasking the Freeze: Israel's Alleged Moratorium on Settlement Construction Whitewashes Egregious Violations of International Law“

³ Während drei Prozent der Westbank abgesperrt sind oder militärisch kontrolliert werden, sind laut der UN-Informationsbroschüre OCHA OPT vom Januar 2012 „Der humanitäre Einfluss der israelischen Siedlungspolitik“ 43 Prozent der Westbank für Palästinenser gesperrt, weil diese zu den lokalen und regionalen Siedlerkommunen gezählt werden.

⁴ Vergleiche: der Bevölkerungszuwachs in Israel lag 2010 bei 1,9 Prozent

⁵ Quelle: Peace Now (Januar 2012) „Torpedoing the Two State Solution: Summary of 2011 in the Settlements“

Die Siedlungskommunen profitieren von den Dienstleistungen, die von der israelischen Zivilverwaltung und von Privatinvestoren zur Verfügung gestellt werden, während die israelische Armee viel Zeit darauf verwendet, in den Siedlungen zu [patrouillieren](#) und diese zu schützen. Palästinenser in der Westbank werden durch ein duales Rechtssystem diskriminiert, das die Israelis dem israelischen Zivilrecht unterstellt, während die Palästinenser aber gleichzeitig unter dem Militärrecht leben.

Der Siedlungsbau wird als das größte Hindernis für das Erreichen eines Friedens angesehen. Er verändert die Fakten vor Ort und macht eine Zwei-Staaten-Lösung schwieriger. Der palästinensische Präsident Mahmoud Abbas hat mehrfach geäußert, dass keine Verhandlungen stattfinden können, ohne dass der Siedlungsausbau eingefroren wird. Israel hat zeitweise ein Moratorium auf den Siedlungsausbau ausgesprochen und 2005 den Siedlungsausbau in Gaza als Teil des Rückzugsplanes vollständig gestoppt. Benjamin Netanyahus Regierung veröffentlichte am

26. November 2009 ein 10-Monats-Moratorium auf den Siedlungsausbau (mit Ausnahme von Ost-Jerusalem), aber sie weigerte sich, diesen Stopp auf 2010 zu verlängern.

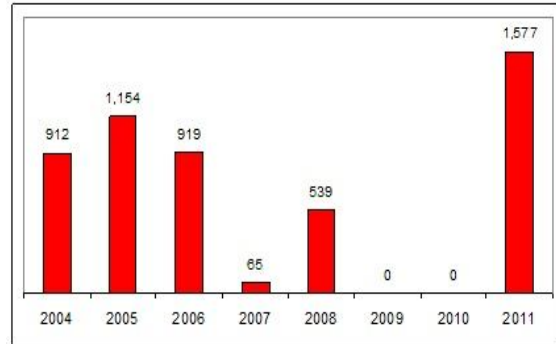
Seit dem Ende des Baustopps im September 2010 wurde der Siedlungsbau in einem alarmierenden Umfang wieder aufgenommen. Die obere Grafik zeigt, wie 2011 beim Bau von neuen Siedlungseinheiten ein dramatischer Anstieg in der West Bank zu verzeichnen ist. Hierin nicht einbegriffen sind 4.000 neue Siedlerhäuser, die für Ost-Jerusalem genehmigt wurden, was der höchsten Anzahl seit 2006 entspricht.

Außerdem kündigte Israel im November 2011 an, dass es den Bau von 2.000 neuen Einheiten in der West Bank, einschließlich Ost-Jerusalem, beschleunigen würde.

Siedlungsbau im Westjordanland

Bauangebote in den Siedlungen 2004-2011

(excl. Ost-Jerusalem)



Aus: Peace Now's report ["Torpedoing the Two State Solution: Summary of 2011 in the settlements"](#)

Siedlungen in Ost-Jerusalem

200.000 Siedler wohnen in Ost-Jerusalem zusammen mit 270.000 Palästinensern.

35% des Gebietes Ost-Jerusalems wurde für den Aufbau von israelischen Siedlungen beschlagnahmt.

Tausende Baugenehmigungen für neue Siedlungen wurden 2011 in Ost-Jerusalem erteilt, wobei den Palästinensern die Zwangsvertreibung droht. Die Altstadt, Silwan und die Umgebung von Sheikh Jarrah sind besonders betroffen.

Mindestens 32% der palästinensischen Häuser in Ost-Jerusalem haben keine Baugenehmigung erhalten, was sie der Gefahr aussetzt, zerstört zu werden und ihre 86.000 Bewohner der Gefahr, vertrieben zu werden.

Seit 1967 wurden 14.000 Palästinensern ihre Aufenthaltsgenehmigungen für Jerusalem entzogen.

Übernommen aus der UN OCHA OPT Informationsbroschüre (vom Dezember 2011) " East Jerusalem: Key Humanitarian Concerns"

Die Palästinenser und die Siedlungen

Siedlungen engen den Zugriff auf begrenzte natürliche Ressourcen wie Land und Wasser für die 2,4 Millionen Palästinenser ein, die in der West Bank leben. Die Siedlungen verbrauchen 75 % der Wasserressourcen in der West Bank und ein großer Teil dieses Wasserverbrauchs wird für die Produktion von landwirtschaftlichen Produkten benötigt, die für den Export bestimmt sind. In Trockenperioden genießen die Siedler Vorrang beim Zugang zu Wasser gegenüber den Palästinensern.

Für Siedler vorgesehene Straßen werden nur gebaut, um die neuen Städte und Außenstellen von Siedlungen mit Israel und untereinander zu verbinden. Gleichzeitig verhindern 500 interne Checkpoints, Straßensperren und andere Hindernisse die Mobilität von Palästinensern, wozu auch der Schulbesuch von Kindern gehört, der Zugang von Schwangeren zu Krankenhäusern und von Bauern zu ihren Feldern. Die Checkpoints und Straßen sind in erster Linie dafür da, um die Siedler zu schützen und ihre Mobilität zu erleichtern, doch sie zerstückeln die West Bank und verhindern die Bewegungsfreiheit der Palästinenser. Da die Siedlungen sich ausdehnen, werden mehr und mehr palästinensische Häuser und Einrichtungen abgerissen. 2011 wurden mehr als 500 palästinensische Häuser, Brunnen, Regenwasser-Zisternen und andere unverzichtbare Infrastruktur in der Westbank und in Ost-Jerusalem zerstört. Mehr als 1000 Palästinenser wurden vertrieben, die doppelte Anzahl wie in 2010. Die Hälfte der vertriebenen Personen waren Kinder.⁶

Die Expansion der neuen Städte und Außenstellen von Siedlungen zusammen mit der damit verbundenen Infrastruktur unterläuft den Friedensprozess und bedroht die Zwei-Staaten-Lösung, indem neue Fakten bei der Landverteilung geschaffen werden, palästinensische Gebiete fragmentiert werden und die Optionen für die Errichtung eines lebensfähigen und zusammenhängenden palästinensischen Staates eingeschränkt werden.



Da die Siedlungen in der Westbank wachsen, nehmen auch Spannungen und Konflikte zwischen den Gemeinden zu. Gewalttätige Übergriffe sowohl von Seiten israelischer Siedler als auch von Palästinensern haben in den letzten Jahren dramatisch zugenommen.

⁶ Presse-Erklärung von 20 internationalen NGOs (13. Dezember 2011) „Record number of Palestinians displaced by demolitions as Quartet continues to talk“

Palästinenser wurden zunehmend Opfer von gewalttätigen Übergriffen von Hard-Line Siedlern. Diese Gewalt schließt physische Angriffe, Bedrohung, Landraub, Demolierung von Privateigentum, Verhinderung des Zugangs zu Weideland oder landwirtschaftlich genutztem Land, Angriffe auf Herden und das Abbrennen von Pflanzen und Olivenbäumen ein. UN-Statistiken sagen aus, dass der wöchentliche Durchschnitt von Siedler-Attacken, die zu Schäden und Verlusten an palästinensischen Besitztümern führen, in 2011 um 4 Prozent gegenüber 2010 zugenommen hat und zu mehr als 165 Prozent gegenüber 2009. Fast 10.000 Bäume aus palästinensischem Besitz, vorwiegend Olivenbäume, wurden beschädigt und zerstört, was die Existenzgrundlage von Hunderten von Familien bedroht. Im Juli 2011 wurde eine Gemeinde von 127 Personen durch wiederholte Siedler-Angriffe auf einmal vertrieben, einige der betroffenen Familien siedelten wieder in die Gebiete A und B um.⁷

Siedler können Angriffe durchführen, ohne eine Bestrafung fürchten zu müssen, während Siedlungen von der israelischen Armee und durch private Sicherheitsfirmen gut bewacht werden. Israel versagt regelmäßig dabei, das Recht gegen Siedler durchzusetzen, die palästinensische Häuser oder Besitztümer angreifen. Über 90 Prozent der von Palästinensern angezeigten Gewaltdelikte durch Siedler bei der israelischen Polizei wurden ohne Strafverfolgung wieder eingestellt.⁸

Fallstudie - ein Beispiel für Siedlergewalt - ein Augenzeugenbericht

Wir einigten uns darauf, unsere lokalen Kontaktpersonen und Bewohner des Dorfes zu begleiten, nachdem wir einen Anruf erhalten hatten, dass Siedler das Dorf angreifen würden. Wir erreichten gegen 18.25 Uhr ein brachliegendes Feld in dem Tal, das neben dem Dorfeingang liegt. Unsere lokale Kontaktperson hatte die Polizei aus dem Auto heraus, indem wir alle fuhren, telefonisch um Hilfe gebeten. Die Polizei antwortete, dass wir doch Fotos von dem Vorfall aufnehmen sollten.

Als wir ankamen, waren dort zwölf männliche Erwachsene zusammen mit zwei minderjährigen männlichen Jugendlichen, die uns als Siedler erschienen und auch so von lokalen Bewohnern wieder erkannt wurden. Sie trugen weiße Shirts und schwarze Hosen und schrien drei Frauen und zwei Männer an, die von acht Kindern unter 18, darunter fünf Mädchen und drei Jungen, begleitet wurden. Unsere lokale Kontaktperson gesellte sich zu der palästinensischen Gruppe und versuchte mit den Siedlern ruhig zu reden. Wir (die Internationalen) hielten uns auf der Mitte des brachliegenden Feldes auf, filmten und machten Fotoaufnahmen und beobachteten die Auseinandersetzung von verschiedenen Blickwinkeln aus, um uns eine Übersicht über den Vorfall zu verschaffen. Wir sprachen mit der lokalen Bevölkerung auf dem Hang.

Innerhalb einer Minute kamen schätzungsweise 25 Schafe unterhalb des Hanges auf die Siedlergruppe in der Talsohle zu, die von einem anderen Siedler geführt wurden. Die Dorfbewohner protestierten. Sie berichteten, dass die Siedler ihre Schafe normalerweise nicht bis zur Talsohle bringen würden. Als ein Siedler unsere Kontaktperson mit einem Holzstock bedrohte, griff sich eine Dorfbewohnerin diesen Stock von hinten und erhielt daraufhin einen Schlag am Kopf. Die Situation eskalierte nun sehr schnell, als ein Israeli einen anderen (männlichen) Dorfbewohner mit einem Stück Felsen bewarf. Der Stein traf ihn an der Seite seines Brustkorbes. Unsere Kontaktperson erhielt einen Tritt in seinen Bauch. Zahlreiche andere Siedler warfen Felsen und Steine auf die Dorfbewohner. Unsere Kontaktperson forderte die Siedler mehrfach dazu auf, die Gewalt einzustellen. Siedler warfen Felssteine, die einen vierjährigen Jungen an der Hand trafen; eine ältere Frau um die 70 wurde an der Hand getroffen, als sie sie schützend vor ihren Kopf gelegt hatte. Ich selber wurde von einem Felsstein am Arm getroffen. Ich zog mich zurück und führte die ältere Frau am Arm, die sehr aufgeregt war und die Soldaten anschrie. Während des Vorfalls hat auch ein Siedler Videoaufnahmen gemacht.

⁷ Siehe: UN OCHA OPT Informationsblatt (November 2011) „Israeli settler violence in the West Bank“

http://www.ochaopt.org/documents/ocha_opt_settler_violence_FactSheet_October_2011_english.pdf

⁸ ebd.

Innerhalb von fünf Minuten erreichten uns Soldaten, die die Situation von ihrem Außenposten auf dem Hügelgipfel beobachtet hatten. Ein Polizist erschien 15 Minuten nach unserer Ankunft. Wir fuhren fort, die Szene nach ihrer Ankunft zu beobachten und ich nahm Kontakt mit verschiedenen Soldaten auf. Als der Polizist uns erreichte, kam unsere lokale Kontaktperson dazu, um mit ihm zu reden und ich blieb bei den Dorfbewohnern, die bei den Soldaten standen. Wir einigten uns darauf, dass ich die Verletzten unter den Dorfbewohnern zur Kiryat Arba Polizeistation in der Nähe von Hebron begleiten sollte und dass die anderen unserer Gruppe bei den anderen Dorfbewohnern bleiben sollten.

Bei der Kiryat Arba Polizeistation wurde ich auf Englisch befragt und ich bat den Polizeibeamten, die Aussage auf Englisch festzuhalten, sodass ich sie unterschreiben und eine Kopie davon erhalten könne. Der Polizeibeamte antwortete, dass es keinen Vordruck auf Englisch gäbe und dass Israel keine Kopien von Aussagen vergeben würde. Ich unterschrieb das hebräische Formular mit dem Hinweis, dass ich kein Hebräisch verstehe, aber bereit wäre, vor Gericht über den Überfall auf das Dorf auszusagen. Ich fand englischsprachige Vordrucke für Aussagen in der Wartezone der Polizeiwache und fragte wieder nach einer Kopie meiner Aussage und die Aktennummer der Aussagen, die von mir und den Dorfbewohnern gemacht worden waren. Der Polizeibeamte, der die Aussagen der Dorfbewohner aufgenommen hatte, übergab schließlich allen Empfangsbestätigungen ihrer Aussagen auf Hebräisch mit Aktennummern, aber keine Kopien. Ich fragte dreimal nach einer Empfangsbestätigung meiner Aussage, einmal davon während der Anwesenheit eines Beamten der UNO OHCHR, den wir vor der Polizeistation getroffen hatten.

Diese Ereignisse fanden im Juli 2011 statt, wie der QCEA von einem internationalen Beobachter berichtet wurde, der nicht namentlich genannt werden will.

Internationales Recht

Siedlungen sind dem internationalen Recht nach illegal und wurden durch die internationale Gemeinschaft wiederholt verurteilt. Außenposten von Siedlungen sind nach israelischem Recht gleichermaßen illegal, doch die Hardliner unter den Siedlern, die diese Siedlungen tief in der Westbank bauen, werden von Israel nicht bestraft.

- Siedlungen sind nach Artikel 49 der vierten Genfer Konvention, die besagt, dass es einer Besatzungsmacht verboten ist, seine Bevölkerung auf besetztem Gebiet anzusiedeln, illegal: „ Die Besatzungsmacht darf Teile seiner eigenen zivilen Bevölkerung nicht auf Gebieten ansiedeln, die besetzt sind.“
- Die Resolutionen des UN-Sicherheitsrates Nr. 446, 452, 465, 471 und 476 sagen alle aus, dass die israelischen Siedlungen auf besetztem Gebiet illegal sind.⁹ Resolution Nr. 456 z.B. stellt fest „ ...dass Israels Strategie und Praxis, Teile seiner Bevölkerung und neue Zuwanderer in diesen Gebieten anzusiedeln ein schwerwiegendes Hindernis auf dem Weg zu einem umfangreichen, gerechten und anhaltenden Frieden im mittleren Osten darstellt.“
- Im Februar 2010 machte der Internationale Gerichtshof der EU darauf aufmerksam, dass die israelischen Siedlungen eine Verletzung des internationalen Rechts darstellen.
- Die Vize-Präsidentin der EU und hohe Repräsentantin für die Außenpolitik der EU, Catherine Ashton, hat wiederholt darauf hingewiesen, dass die Siedlungen illegal sind.¹⁰ Im Dezember 2011 meinte sie z.B.: „Die Position der EU ist klar: Der Bau von Siedlungen ist dem internationalen Recht nach illegal und erschwert zudem Anstrengungen für eine Lösung des israelisch-palästinensischen Konfliktes.“
- Die deutsche Regierung hat die Ausdehnung der Siedlungen ebenfalls kritisiert. Die deutsche Kanzlerin Angela Merkel teilte dem Premierminister Netanyahu im September 2011 mit, dass sie „keinerlei

⁹ UN <http://www.un.org/documents/sc/res/1980/scres80.htm>

¹⁰ Siehe <http://qceablog.wordpress.com/2012/01/12/action-needed-to-follow-the-words/>

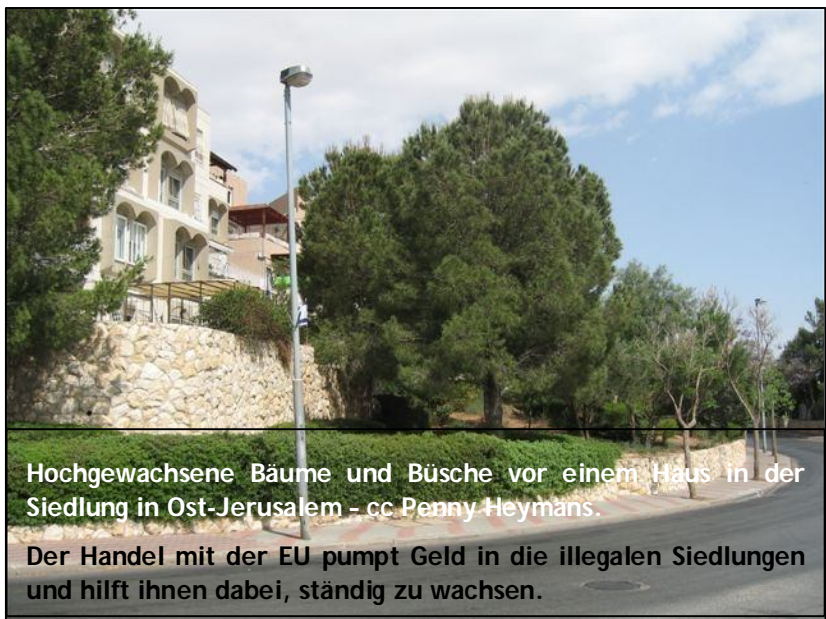
Sympathie“ mit der geplanten Erweiterung von Siedlungen in Ost-Jerusalem hege und dass beide Konfliktparteien „provokative Handlungen vermeiden sollten.“¹¹

- Die britische Regierung hat die israelische Politik der Siedlungserweiterung bereits wiederholt kritisiert und deren Illegalität hervorgehoben. Im Dezember 2011 hat der britische Außenminister Israels Ankündigung, dass es die Siedlungen in der West Bank und in Jerusalem ausbauen will, als „falsch und völlig kontraproduktiv“ bezeichnet.¹²

2. Handel zwischen der EU und den israelischen Siedlungen

Obwohl die EU deren Illegalität feststellt, betreibt sie weiterhin Handel mit israelischen Siedlungen. Obst und Gemüse stellen den größten Anteil an Exporten aus den Siedlungen dar, doch dort werden auch verarbeitete Früchte, Wein, Blumen, Pflege- und Kosmetikartikel, Textilien, Produkte aus Kunststoff und Metall und Chemikalien hergestellt. Diese Güter, die auf illegal besetztem Land hergestellt wurden, werden an Haushalte in ganz Europa verkauft und der Profit fließt in die Siedlungen zurück. In den letzten Jahren wuchsen in Europa die Bedenken, dass diese Wirtschaftsbeziehungen die durch die Siedlungen hervorgerufene Situation verschärfen würden.

Den offiziellen Export- und Importstatistiken kann man den Umsatz des Warenhandels zwischen den Siedlungen und der EU nicht entnehmen. Doch es gibt Zahlen über den EU-Import aus Israel, in denen auch die Importe aus israelischen Siedlungen aufgeführt sind. 2009 exportierte Israel demnach Waren im Wert von 8,8 Milliarden in die EU, die ihr wichtigster Handelspartner ist.¹³ Ein geschätzter Umfang von einem Drittel der israelischen Güter wird in den Siedlungen hergestellt.¹⁴



Eine für die Universität London erstellte Studie ermittelte 68 britische Firmen mit direkten oder indirekten Verbindungen zu israelischen Siedlungen in den besetzten Gebieten.¹⁵

Der Handel kurbelt die Wirtschaft der Siedlungen und deren Produzenten an und zementiert die Position der neu errichteten Städte in der West Bank. Der Handel zwischen der EU und den israelischen Siedlungen ist

¹¹ Der Spiegel (30. September 2011) <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,789487,00.html>

¹² Offizielles Statement des britischen Ministeriums für Außenpolitik und den Commonwealth (20. Dezember 2011) <http://www.fco.gov.uk/en/news/latest/news/?view=News&id=708019682>

¹³ Europäische Kommission (2011)

<http://ec.europa.eu/trade/creating-opportunities/bilateral-relations/countries/israel/index.en.htm>

¹⁴ Spiegel Online (25. Februar 2010) „EU Gerichtshof erlaubt Zölle auf Produkte aus den Siedlungen“ <http://www.spiegel.de/international/europe/0,1518,680380,00.html>

¹⁵ Europäische Kommission (2011)

<http://ec.europa.eu/trade/creating-opportunities/bilateral-relations/countries/israel/index.en.htm>

unvereinbar mit den Richtlinien der EU, da die EU die eindeutige Haltung vertritt, dass die Siedlungen ein Hindernis auf dem Weg zum Frieden darstellen.

3. Vorschriften für Warenauszeichnungen

Die Assoziierungsvereinbarung zwischen der EU und Israel aus dem Jahre 2000 beseitigte Einfuhrzölle für israelische Waren, die auf den EU-Markt eingeführt werden. Es gab eine langwierige Diskussion zwischen der EU und Israel über die Herkunftsregeln bzw. Warenauszeichnungsregeln, die für Güter gelten, die aus den israelischen Siedlungen stammen und die von der EU nicht als Teil von Israel anerkannt werden.

2005 kamen Israel und die EU überein, dass die Zollpapiere für Güter, die in die EU importiert werden, den Namen der Stadt, des Dorfes oder des Industriegebietes enthalten müssen, wo sie hergestellt wurden und dass Produkte, die aus Gebieten stammen, die seit 1967 unter israelische Kontrolle/Verwaltung gestellt wurden, keine Zollbegünstigung genießen.¹⁶

Dies wurde vom Europäischen Gerichtshof (ECJ) in 2010 bestätigt.

Die britische Regierung gab im Dezember 2009 eine Richtlinie heraus, die besagt, dass Händler aus der West Bank ihr Obst und Gemüse deutlicher kennzeichnen sollten. Die Etiketten „West Bank (israelische Siedlung) und West Bank (palästinensisch) werden darin empfohlen. Die wenigen britischen Supermärkte, die weiterhin Güter aus den Siedlungen beziehen, zeichnen sie in dieser Weise aus, doch diese Unterscheidung in der Warenauszeichnung erfolgt nur auf freiwilliger Basis.

EU-Richtlinien für die Warenauszeichnung von frischem Obst, Gemüse und Nahrungsmitteln

Die EU-Gesetzgebung ist hier eindeutig. Frisches Obst und Gemüse (der Hauptanteil an den israelischen Exporten) müssen mit dem Herkunftsort ausgezeichnet sein. Die Irreführung der Konsumenten durch Fälschung oder Auslassung ist verboten.

Wenn diese Gesetzgebung in allen EU-Mitgliedsstaaten strenge Berücksichtigung finden würde, müsste die exportierte Ware aus den israelischen Siedlungen korrekterweise mit „israelische Siedlungen“ ausgezeichnet sein.

Die EU gibt auch strenge Pflanzenschutz-Standards vor (bezüglich der Gesundheit von pflanzlichen Produkten und der grenzüberschreitenden Schädlingsbekämpfung). Die Bescheinigung über die Einhaltung der Pflanzenschutz-Standards für Erzeugnisse aus den israelischen Siedlungen wird von den

israelischen Behörden vorgenommen. Da die EU die Siedlungen aber nicht als Teil Israels anerkennt, hat Israel nicht das Recht, diese

Verordnung (EG) des Rates Nr. 1182/2007 vom 26. September 2007

...(die meisten Obst- und Gemüsesorten), die frisch an den Verbraucher verkauft werden sollen, dürfen nur in Verkehr gebracht werden, wenn sie in einwandfreiem Zustand, unverfälscht und von vermarktbarer Qualität sind und das Ursprungsland angegeben ist.

Verordnung (EG) Nr. 1580/2007 der Kommission vom 21. Dezember 2007

Die Kennzeichnungsangaben (einschließlich des Ursprungslandes) müssen auf einer Seite der Verpackung deutlich sichtbar und leserlich entweder unverwischbar direkt auf das Packstück aufgedruckt oder auf einem Etikett vermerkt sein, das Bestandteil des Packstücks ist oder haltbar an diesem befestigt ist.

... Die Erzeugnisse können unverpackt angeboten werden, sofern der Einzelhändler die zum Verkauf angebotene Ware mit einem Schild ausweist, das deutlich sichtbar und leserlich die ... vorgegebenen Angaben über die Sorte, das Ursprungsland des Erzeugnisses und die Güteklasse enthält.

¹⁶ EU-Generaldirektion für die Außenbeziehungen der Union (Mai 2011) Positionspapier: Handelsvorschriften für Zollangelegenheiten innerhalb der besetzten palästinensischen Gebiete

Standards für Siedlungsprodukte zu bescheinigen. Die EU unterläuft ihre eigene Haltung zu den israelischen Grenzen, wenn sie Israel zugesteht, diese Bescheinigungen auszustellen.

Die Produkte, die aus den Siedlungen in die EU importiert werden, sollten bezüglich der Pflanzenschutzbestimmungen entweder von der EU oder einer unabhängigen Wirtschaftsprüfung zertifiziert werden.

Richtlinie 2005/29/EC des Europäischen Parlaments und dem Rat vom 11. Mai 2005

Handelspraktiken sollten als unfair und irreführend angesehen werden, wenn das Produkt den Konsumenten auf Grund von irreführenden Informationen oder Auslassungen bei der Auszeichnung auch hinsichtlich seines geographischen oder kommerziellen Ursprungs zu einer Kaufentscheidung verleitet, die er unter anderen Umständen nicht getroffen hätte. Solche unfairen und irreführenden Handelspraktiken sind verboten.

Durch Konsumentenkampagnen wurden Siedlungserzeugnisse in einigen europäischen Ländern aus den Verkaufsregalen genommen. Britische, norwegische und schwedische Quäker haben gemeinsam beschlossen, Produkte aus den israelischen Siedlungen zu boykottieren, während viele einzelne Quäker innerhalb Europas sich ebenfalls weigern, Siedlungsprodukte zu kaufen.¹⁷

Doch um Siedlungsprodukte boykottieren zu können, ist es notwendig, dass Güter aus den israelischen Siedlungen und aus Israel innerhalb seiner Grenzen vor 1967 klar voneinander unterscheidbar sind. Das Europäische Parlament meinte hierzu, dass „eine deutliche Auszeichnung ein wichtiges Element für die Wahl des Konsumenten darstellt, um zwischen Produkten aus den israelischen Siedlungen in den besetzten Gebieten und palästinensischen Produkten unterscheiden zu können“.¹⁸

Güter, die von Israel in die EU eingeführt werden, werden mit der Postleitzahl der Ursprungsregion ausgezeichnet, sodass die Zollbehörden kontrollieren können, dass die entsprechenden Einfuhrzölle bezahlt wurden. Eine Liste, die erkennen ließe, welche dieser Postleitzahlen einer israelischen Siedlung in der West Bank entspricht, ist allerdings zurzeit noch nicht öffentlich zugänglich. Dies macht es Nichtregierungsorganisationen unmöglich, zu kontrollieren, ob diese Liste korrekt und verständlich ist und hindert Konsumenten daran, die Postleitzahlen für die Unterscheidung von Erzeugnissen aus Israel und den Siedlungen nutzen zu können. Allerdings wurde kürzlich von der Europäischen Kommission angekündigt, dass eine solche Liste auf der Website der Kommission im Frühjahr 2012 veröffentlicht werden soll.

4. Werden die Handelsrichtlinien in den Siedlungen missachtet?

Es wurde berichtet, dass Exporteure die europäischen Konsumenten und die Steuerbehörden in die Irre führen, indem sie die Siedlungserzeugnisse als Produkte auszeichnen, die innerhalb der israelischen Grenzen von vor 1967 hergestellt wurden. Es gibt Grund zur Annahme, dass die israelischen Exporteure die EU-Handelsrichtlinien umgehen, indem sie die Namen und Postleitzahlen von israelischen Standorten angeben anstelle der tatsächlichen Produktionsstandorte.¹⁹ Eine Parlamentarierin brachte dies 2010 vor das britische Unterhaus und beschrieb, wie ein Artikel in dem israelischen Wirtschaftsmagazin *Globe* israelischen Firmen den Vorschlag machte, Adressen in Israels Kernland anzugeben um Zollabgaben zu umgehen: „Die Methode ist einfach: du denkst dir eine Adresse innerhalb der grünen Grenzen aus und nutzt diese Adresse für die Arbeit.“

¹⁷ Siehe Diskussionspapier der Quäker „Responses to the Call for BDS“:

http://www.qcea.org/wp_content/uploads/2011/04/dp-mideast-bdsw5-en-apr-2011.pdf

¹⁸ Europäisches Parlament (6. September 2010) Erklärung 0064/2010 über die Auszeichnung von Gütern aus den besetzten palästinensischen Gebieten.

¹⁹ Richtlinie 2005/29/EC des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2005 betreffend der unfairen Handelspraktiken zwischen Herstellern und Konsumenten auf dem internen Markt („Richtlinie zu unfairen Handelspraktiken“)

Auf diese Weise musst du keine Zollgebühren zahlen, die für Produkte gelten, die von außerhalb der grünen Grenze exportiert werden. Diese Methode funktioniert, allerdings nicht für solche Firmen, deren Firmennamen den wahren Herstellungsort verrät - wie z.B. „Weine von den Golan-Höhen“.²⁰

Genauso wurde berichtet, dass einige israelische Exporteure regelmäßig Produkte aus den Siedlungen mit denen von israelischen Farmen vermischen, um Importzölle zu umgehen.²¹

Hierbei handelt es sich nicht nur um Steuerhinterziehung, sondern auch um eine Irreführung der Verbraucher hinsichtlich der EU-Konvention zu unfairen Handelspraktiken. Diese Praktiken bedeuten, dass Siedlungsgüter zu einem niedrigeren Preis an die europäischen Konsumenten verkauft werden können und fördern den Verkauf von illegalen Siedlungsprodukten. Die NGO Gush Shalom hat Firmen identifiziert, die diese Praxis anwenden: Kosmetikproduzent Ahava, Obstexporteur Agrexco und Nahrungsmittelhersteller Achva sind nur einige Firmen, denen man nachweisen konnte, dass sie ihre Produkte für den europäischen Markt falsch deklarieren.

OCEA (The Quaker Council for European Affairs) führte in 17 Supermärkten in fünf europäischen Ländern eine Untersuchung durch.²² In Deutschland wurde in einem Supermarkt Totes Meer Salz mit der Auszeichnung „Hergestellt in Deutschland“ und einer deutschen Adresse auf der Verpackung gefunden, obwohl es eindeutig am Toten Meer hergestellt wurde. Es ist sehr wahrscheinlich von einer israelischen Firma hergestellt worden, da die Israelis den Zugang zum Toten Meer und in den anliegenden Gebieten kontrollieren. Diese Beschriftung verstößt gegen die EU-Handelsrichtlinien indem sie die Konsumenten in Hinblick auf die Herkunft des Produktes in die Irre führt.

In drei anderen deutschen Supermärkten waren Produkte aus Totem Meer Salz mit überhaupt keinem Herkunftsort ausgezeichnet. Obwohl es bei Produkten aus Totem Meer Salz nicht vorgeschrieben ist, den Herstellungsort anzugeben, hindert dies die Konsumenten daran, eine Kaufentscheidung zu treffen, die auf der Informationsgrundlage basiert, ob es sich um ein palästinensisches Produkt oder um eines aus den israelischen Siedlungen handelt.

Es ist interessant festzustellen, dass von den 17 untersuchten Supermärkten 15 israelische Produkte vorrätig hatten, während keiner Produkte aus Palästina vorrätig hatte (innerhalb des untersuchten Produktsortiments). Außerdem hatten einige Supermärkte bei einigen Obst- und Gemüsesorten keine Alternativen zu den israelischen Produkten im Angebot:

Land	Supermarkt	Produkt
Deutschland	WEZ	Topinambur
Deutschland	Lidl	Avocado
Irland	Supervalu	Avocado (bio); Meersalz (zum Kochen)
Irland	Tesco	Rote Paprika

²⁰ Parlamentsmitglied Phyllis Satrkey des britischen Unterhauses (27. Januar 2010) siehe Hansard

²¹ Ebd.

²² in Belgien, Deutschland, Irland, Schweden und den Niederlanden

Die Überwachung der Ursprungsregeln

Die EU-Mitgliedsstaaten sind dafür verantwortlich, dass Importe korrekt besteuert werden, aber sie haben begrenzte Möglichkeiten, dies auch sicherzustellen. Die israelische Regierung trägt letztlich die Verantwortung dafür, dass Produkte aus israelischen Siedlungen nicht so ausgezeichnet werden, als würden sie aus den israelischen Grenzen von vor 1967 stammen, sodass für sie keine günstigeren Steuern gelten können. Es gibt natürlich wenig Anreiz für die israelischen Behörden dafür zu sorgen, dass die Siedlungsprodukte ordnungsgemäß ausgezeichnet werden.

EU-Mitgliedsstaaten haben alle etwas unterschiedliche Gesetzgebungen, um importierte Warenlieferungen aus Israel zu überprüfen. Die britische Regierung veröffentlichte die folgende Richtlinie im Jahr 2009:

„Sobald Israel nachgewiesen werden kann, dass die Herstellung der Produkte in einer Stadt, einem Dorf oder einem Industriegebiet stattgefunden hat, die nach 1967 unter israelische Verwaltung gebracht wurden, wird die Vorzugsbehandlung Israels sofort verweigert, wenn nicht eine Nachweisüberprüfung erfolgt, entweder zum Zeitpunkt der Einfuhr oder während einer Routine-Überprüfung. Für die fraglichen Produkte werden dann die vollen Einfuhrzölle erhoben.“²³

Es ist eindeutig, dass einige israelische Siedlungsprodukte rechtswidrig in die EU eingeführt werden, da die britischen Zollbehörden bei zufälligen Kontrollen 529 Herkunftsnachweise für Warenlieferungen aus den Siedlungen zurückgewiesen haben, die als Waren aus Israel deklariert waren. Die britischen Zollbehörden stellten eine Nachforderung über 338.000 britische Pfund aus.²⁴ Auf der anderen Seite, gaben die irischen Zoll- und Steuerbehörden der QCEA zu Protokoll:

„Während unserer Stichproben haben wir keine Warenlieferungen mit Zollbegünstigungen aus Israel entdeckt, die aus den illegalen Siedlungen stammten...alle Waren, die mit Präferenznachweisen ausgestattet waren, wurden von den israelischen Behörden als aus Israel stammend zertifiziert.“

Als die deutschen Zollbehörden befragt wurden, wie hoch der Anteil der Waren sei, die überprüft wurden, gaben sie zur Antwort, dass hierüber „keine Statistiken angelegt würden“, während die schwedischen Zollbehörden dazu meinten „aus Sicherheitsgründen kann das Ausmaß der Kontrollen nicht öffentlich gemacht werden.“

Obwohl alle EU-Staaten den gleichen Regeln in Hinblick auf israelische Siedlungsimporte unterworfen sind, ist es klar, dass es keine einheitlichen Kontrollen von israelischen Warenlieferungen gibt und keine Sicherheit, dass diese Regelungen in allen Mitgliedsstaaten angewandt werden.

5. Schlussfolgerungen

Über eine halbe Million Siedler haben seit 1967 Siedlungen und neue Städte in der West Bank und in Ost-Jerusalem gegründet und in den letzten Jahren hat der Siedlungsausbau rasant zugenommen. Obwohl die Siedlungen nach internationalem Recht illegal sind, werden sie direkt und indirekt durch die israelische Regierung unterstützt. Die internationale Gemeinschaft hat die Siedlungen in UN-Sicherheitsresolutionen wiederholt verurteilt. Die EU ist der Meinung, dass israelische Siedlungen in den besetzten palästinensischen Gebieten illegal sind und ein Hindernis auf dem Weg zum Frieden darstellen.

Dennoch fährt die EU fort, Handel mit den israelischen Siedlungen zu treiben. Dies unterstützt die Wirtschaft der Siedlungen und Gemeinden und trägt dazu bei, die Siedlungen als Dauerzustand in den besetzten palästinensischen Gebieten zu zementieren. Während die EU den Import von Siedlungsprodukten zu den vergünstigten Zöllen, denen Israel unterliegt, nicht erlaubt, fordert die EU gleichzeitig nicht ein, dass die

²³ Informationspapier des Zolldienstes der Regierung von Großbritannien (HMRC) (09) 19

²⁴ QPSW (Juli 2011) Informationspapier: „Trade with Israeli Settlements“ <http://www.quaker.org.uk/files/Trade-with-Israeli-settlements-Background-Briefing-Juli-2011-FINAL.pdf>

Konsumenten die Güter aus Israel in den Grenzen von vor 1967 von Gütern aus Siedlungen von den Konsumenten unterscheiden können müssen. Die EU erlaubt der israelischen Regierung, Zolllpapiere und Pflanzenschutz-Standards von Siedlungsprodukten zu beglaubigen. Diese Haltung unterläuft die EU-Position, dass Israel für die israelischen Siedlungen in der West Bank rechtlich nicht zuständig ist.

Quaker in Europa vertreten eine unterschiedliche Haltung zum Boykott von israelischen Siedlungsprodukten. Doch viele Quaker haben bei den britischen, den schwedischen und den norwegischen Jahrestreffen die jeweilige Entscheidung getroffen, Siedlungsprodukte zu boykottieren. Darüber hinaus haben sich auch viele andere Organisationen und Einzelpersonen dazu entschieden, israelische Siedlungsprodukte zu boykottieren. Doch viele ethisch eingestellte Konsumenten sind nicht in der Lage, diesen Boykott auch zu realisieren, solange Produkte aus den Siedlungen und Produkte aus den israelischen Grenzen von vor 1967 nicht durch den Verpackungsaufdruck klar voneinander unterscheidbar sind.

Die EU hat klare und strenge Richtlinien für die Auszeichnung vor allem für landwirtschaftliche Produkte, die den größten Umfang unter den Siedlungsprodukten darstellen, aber trotzdem werden diese innerhalb der EU-Länder nicht einheitlich durchgeführt. Es gibt außerdem Grund zur Annahme, dass einige Firmen ihre Produkte regelmäßig so auszeichnen, als würden sie aus den israelischen Grenzen von vor 1967 stammen, um die höheren Zollzahlungen zu umgehen und so die Konsumenten zu täuschen. Dies ist nach EU-Recht illegal und stellt außerdem einen Steuerbetrug dar.

Die EU braucht einen einheitlichen Umgang mit israelischen Siedlungsprodukten. Wenn weiter mit Siedlungen gehandelt wird, die auf der anderen Seite als illegal angesehen werden, unterläuft dies die EU-eigene Position und die Anstrengungen für Frieden in der Region.

6. Richtlinien-Empfehlungen für die EU

- Jeglicher Handel zwischen der EU und den israelischen Siedlungen sollte unterbunden werden. Die EU vertritt die Einstellung, dass die Siedlungen illegal sind und ein Hindernis für den Frieden darstellen. Es ist unsinnig, dies auf der einen Seite zu erklären und auf der anderen Seite die Siedlungen zu unterstützen, indem ihre Güter importiert werden.
- Solange die Importe aus den Siedlungen weitergehen, sollten die EU und die Behörden der Mitgliedsstaaten sicherstellen, dass:
 - der Herstellungsort auf den Produkten deutlich ausgezeichnet wird (und dies nicht nur bezogen auf Produkte wie frisches Obst, Gemüse und Nahrungsmittel), ob nun aus Israel, den besetzten Territorien oder israelischen Siedlungen.
 - bei Produkten, die aus der West Bank stammen, deutlich ausgewiesen wird, ob sie aus einer israelischen Siedlung oder aus palästinensischer Produktion stammen. Dies sollte eine vorgeschriebene Richtlinie sein, nicht nur eine Empfehlung, wie dies in Großbritannien der Fall ist.
 - eine unabhängige Kontrollbehörde eingerichtet wird, um Pflanzenschutz-Standards für Produkte aus den israelischen Siedlungen überprüfen zu können.
 - die EU alle Exporteure oder Firmen mit Bußgeldern belegt, denen nachgewiesen werden kann, dass sie sich nicht an die Ursprungsregeln halten. Wenn es Zweifel an der Herkunft einer gesamten Warenlieferung gibt (z.B. im Falle von loseem Obst und Gemüse), sollte die gesamte Lieferung mit der höheren Zollrate versteuert werden.
 - offizielle Zahlen zwischen dem Handel zwischen der EU und Israel mit seinen Grenzen von vor 1967 und dem Handel zwischen der EU und den israelischen Siedlungen unterscheiden sollten.

Anhang A: Siedler Gewalt in der West Bank



UNITED NATIONS
Office for the Coordination of Humanitarian Affairs
occupied Palestinian territory

ISRAELI SETTLER VIOLENCE IN THE WEST BANK NOVEMBER 2011

FAST FACTS

- The weekly average of settler attacks resulting in Palestinian casualties and property damage has increased by 40% in 2011 compared to 2010, and by over 165% compared to 2009.
- In 2011, three Palestinians have been killed and 167 injured by Israeli settlers. In addition, one Palestinian has been killed, and 101 others injured, by Israeli soldiers during clashes between Israeli settlers and Palestinians.
- Eight Israeli settlers have been killed and 30 others injured by Palestinians in 2011, compared to five killed and 43 injured, during the same period in 2010.
- In 2011, nearly 10,000 Palestinian-owned trees, primarily olive trees, have been damaged or destroyed by Israeli settlers, significantly undermining the livelihoods of hundreds of families.
- In July 2011, a community of 127 people was displaced en masse due to repeated settler attacks, with some affected families re-locating to Areas A and B.
- Over 90% of monitored complaints regarding settler violence filed by Palestinians with the Israeli police in recent years have been closed without indictment.
- OCHA has identified over 80 communities with a combined population of nearly 250,000 Palestinians vulnerable to settler violence, including 76,000 who are at high-risk.

Faktenübersicht²⁵

- Der wöchentliche Durchschnitt an Siedlerangriffen auf Palästinenser oder deren Eigentum hat in 2011 im Vergleich zum Jahr 2010 um 40 Prozent zugenommen und um 165 Prozent im Vergleich zum Jahr 2009.
- 2011 wurden drei Palästinenser von israelischen Siedlern getötet und 167 von ihnen verletzt. Außerdem wurde ein Palästinenser bei Auseinandersetzungen zwischen israelischen Siedlern und Palästinensern durch israelische Soldaten getötet und 101 andere wurden verletzt.
- 2011 wurden fast 10.000 Bäume, zumeist Olivenbäume von Palästinensern, durch israelische Siedler beschädigt oder unbrauchbar gemacht, wodurch der Lebensunterhalt von Hunderten von Familien maßgeblich bedroht ist.
- Im Juli 2011 wurde eine Dorfgemeinschaft mit 127 Bewohnern durch wiederholte Siedlerangriffe vertrieben. Einige betroffene Familien siedelten wieder in die Gebiete A und B um.
- Bei über 90 Prozent der erfassten Anzeigen von Siedlergewalt gegen Palästinenser in den letzten Jahren wurden die Verfahren ohne Anklage eingestellt.
- Das OCHA (das Amt für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten der UN) hat über 80 Gemeinden mit einer gemischten Bevölkerung ermittelt, in denen fast 250.000 Palästinenser angesiedelt sind, die der Siedlergewalt ausgesetzt sind, 76.000 unter ihnen sind besonders gefährdet.

²⁵ Die Faktenübersicht und die Karte stammen von: UN OCHA OPT (November 2011) Factsheet:
http://www.ochaopt.org/documents/ocha_opt_settler_violence_FactSheet_October_2011_english.pdf

Anhang B: Landkarte mit Gebieten, die von israelischen Siedlungen in Anspruch genommen werden

